

Antrag P10: Solidarität mit Menschen in der Prostitution

Antragsteller*in:

KV Köln

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Solidarität mit Menschen in der Prostitution**

2 Die Linke stellt fest, dass Prostitution ein Ausdruck patriarchalischer,
3 kapitalistischer und rassistischer Machtverhältnisse ist.

4 Prostitution ist nicht kompatibel mit der Gleichstellung der Geschlechter, mit der
5 Dekommodifizierung* der Sexualität, mit einem gewaltfreien Leben für alle und mit
6 echter sexueller Befreiung. Die Linke strebt langfristig die Überwindung der
7 Prostitution an, um der Ausbeutung von Menschen in prekären Lebensumständen entgegen
8 zu steuern.“

9 Kurzfristig fordert die Linke folgende Maßnahmen:

- 10 • Vollständige Entkriminalisierung aller Menschen in der Prostitution; Abschaffung
11 der Anmeldepflicht und aller Bußgeldregelungen (bspw. im Zusammenhang mit
12 Sperrgebieten)
- 13 • Deutlich bessere Finanzierung für reelle Ausstiegshilfen, die den Übergang in
14 ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen
- 15 • Aufenthaltserlaubnis für alle Opfer von Menschenhandel und Zuhälterei,
16 unabhängig von der Bereitschaft auszusagen
- 17 • Keine Steuerpflicht und kommunale Sexsteuern für Menschen in der Prostitution;
18 Staat und Kommunen dürfen nicht länger an der Prostitution mitverdienen
- 19 • Weiterbildungsmaßnahmen für Polizei, Justiz, Arbeitsagentur, Fachkräfte in der
20 Sozialarbeit usw. mit dem Ziel für die Traumata und Bedürfnisse von Menschen in
21 der Prostitution zu sensibilisieren
- 22 • Aufklärungskampagnen in Schulen und in der Öffentlichkeit, mit dem Ziel, dass
23 junge Männer nicht zu Freiern werden

24 Darüber hinaus wird die Linke eine interne Diskussion darüber in Gang setzen, ob
25 Profit an der Prostitution anderer (bspw. durch Bordellbetrieb) und Sexkauf als
26 gewaltförmiges Handeln einzustufen und deshalb ggf. zu verbieten sind oder ob auch
27 andere Möglichkeiten in Betracht kommen. Der BPT fordert den Parteivorstand auf, eine
28 Veranstaltungsreihe zu diesen Fragen zu organisieren.

Begründung

In ganz Europa gibt es einen Trend dahin, Prostitution als Gewalt gegen Frauen (und andere) und als inkompatibel mit der Gleichstellung der Geschlechter aufzufassen. Einige Länder haben ihre Prostitutionsgesetzgebung bereits umfassend verändert. In vielen anderen Ländern werden entsprechende Änderungen diskutiert. Unsere Schwesternparteien in Europa fassen Prostitution in ihrer großen Mehrheit als patriarchale Gewalt auf und haben entsprechende Gesetzesänderungen häufig mit erkämpft.

In der Linken ist das Thema seit Jahren umstritten. Im Europawahlprogramm der Linken findet sich ein Passus wonach die Linke gegen die "Kriminalisierung der Kund*innen" der Prostitution sei. Dieser Passus wurde weder auf einem Parteitag noch im Parteivorstand diskutiert oder abgestimmt, sondern gelangte durch die Übernahme eines Antrages der AG Queer ins Programm.

Für die Linke ist es nicht vorteilhaft, von außen als Partei wahrgenommen zu werden, die die Interessen von Sexkäufern und Bordellbetreibern vertritt. Wir sind die Partei der Unterdrückten, nicht die Partei der Unterdrücker. Es ist an der Zeit, dass wir uns dazu prinzipiell äußern.

Wir sollten umstrittene Fragen der Prostitutionspolitik weiter diskutieren.

Die hier geforderten Maßnahmen werden aber hoffentlich in weiten Teilen der Partei Unterstützung finden. Dies kann gleichzeitig einen konstruktiven Beitrag zur deutschen Prostitutionsdebatte darstellen.

*Dekommodifizierung: ein soziales Phänomen nicht länger als Handelsware behandeln / das Gegenteil von Kommodifizierung = zur Ware machen. Sexualität sollte keine Ware sein.

weitere Antragstellende